

## Flüchtlingsrat Bremen - Bericht 2020

Der Flüchtlingsrat Bremen war 2020 in der Bremer Öffentlichkeit mit klaren, rassismuskritischen und betroffenenzentrierten Positionen sehr deutlich sicht- und hörbar.

### Politische und fachliche Interventionen | Kampagnen:

In 2020 hat der Flüchtlingsrat Bremen mehrere Kampagnen angestoßen oder zusammen mit anderen Gruppen und Bündnissen durchgeführt :

#### ✓ Kampagne „Hand- und Fußfesseln sind keine Jugendhilfe!“

Bereits im Oktober 2019 hatten wir durch einen 16-jährigen unbegleiteten minderjährigen Schutzbedürftigen in unserer Beratungsstelle erfahren, dass das Jugendamt in seinem Fall die »Anwendung unmittelbaren Zwangs« angeordnet hatte, um dessen Zuweisung durchzusetzen. Konkret bedeutete dies, dass der Junge frühmorgens in der Einrichtung zur Vorläufigen Inobhutnahme von Polizist\*innen aus dem Bett gerissen, in Handschellen gelegt und so gefesselt im Polizeifahrzeug an den Ort der Zuweisung verschleppt wurde. Ein weiterer Jugendlicher wurde im Januar 2020 auf diese Weise gefesselt und von Bremen nach Brandenburg verschleppt. Er war über sechs Stunden an den Händen gefesselt.

Dieses Vorgehen wurde von der Sozialbehörde am 09.01.2020 in eine Verwaltungsanweisung gegossen, in der die "Fesselung von Händen und Füßen" angewiesen wird, falls der/die Jugendliche nicht "freiwillig" geht (Zitat Verwaltungsanweisung: "Die/ der umA wird am vereinbarten Tag um 07:00 Uhr in seiner Unterkunft von uniformierten Polizisten aufgesucht und gegebenenfalls unter Anwendung von unmittelbarem Zwang (Fesselung von Händen und Füßen) in einem neutralen Polizeifahrzeug zum Zielort verbracht").

Der Flüchtlingsrat machte daraufhin die von der Sozialbehörde verordnete Gewalt gegen Jugendliche als rechtswidrig, unverhältnismäßig und rassistische Diskriminierung öffentlich und forderte die Sozialsenatorin Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) – unter anderem mit einer Postkartenaktion und in der Sozialdeputation – auf, ihre Verwaltungsanweisung so zu verändern, dass die Anwendung von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche durchgehend ausgeschlossen wird.

Außerdem regte der Flüchtlingsrat verschiedene fachliche Stellungnahmen von Jurist\*innen an, die dem Bremer Verwaltungshandeln u.a. „offensichtliche Rechtswidrigkeit“ bescheinigten.

Im Rahmen der Kampagnen wurde die Position des Flüchtlingsrates mehrfach in den Bremer Medien veröffentlicht.

Aufgrund des großen öffentlichen Drucks sind die gewaltsamen Verteilungen nach SGB VIII seitdem de facto ausgesetzt. Dennoch besteht die Verwaltungsanweisung unverändert mit der obigen Formulierung, die grüne Sozialbehörde beharrt nach wie vor auf ihrer menschenrechtswidrigen Gewaltanwendung und -androhung gegen die Jugendlichen. (Stand: Februar 11.02.2021)

Alle Dokumente, Veröffentlichungen, Medienberichte und Pressemitteilungen zur Kampagne siehe unter: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/2020/02/hand-und-fussfesseln-sind-keine-jugendhilfe/>

## ✓ Kampagne „Shut Down Lindenstraße!“

Wie in vielen anderen Lagern, Massenunterkünften und Gemeinschaftseinrichtungen in anderen Bundesländern, konnten die Bewohner\*innen der Landesaufnahmestelle Lindenstraße in Bremen sich nicht vor dem Covid19-Virus schützen, da aufgrund der Unterbringungsbedingungen dort der Mindestabstand als Hauptschutzmaßnahme nicht einzuhalten war. Mit Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 organisierten sich daher eine Vielzahl der Bewohner\*innen der Lindenstraße und protestierten unter Beteiligung und mit Unterstützung der Geflüchteten-Selbstorganisation „Together we are Bremen“ sowie des Flüchtlingsrates.

In der Zeit von Anfang März bis Anfang Mai 2020 veröffentlichte der Flüchtlingsrat insgesamt 11 Pressemitteilungen zum Thema und stellte bundesweit die erste Anzeige gegen die Trägerin der Landesaufnahmestelle (AWO) sowie die Sozialbehörde wegen Verstoßes gegen das Infektionsschutzgesetz. Außerdem schrieb der Flüchtlingsrat einen Offenen Brief an die Bremer Sozialsenatorin Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen), in dem wir eine ihrer Äußerungen über die durch ihre Politik mit Covid19-infizierten Lindenstraßen-Bewohner\*innen als eine rassistische Aussage markierten und die Senatorin zu einer (bis heute ausgebliebenen) Bitte um Entschuldigung gegenüber den Bewohner\*innen aufforderten: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/offener-brief-des-flu%cc%88chtlingsrats-an-die-sozialsenatorin/>

Die öffentlichkeitswirksame Wirkung der Interventionen des Flüchtlingsrates war insgesamt groß, das Thema wurde in Bremen breit und kontrovers diskutiert. Es erschienen über 50 Presseartikel und Medienberichte bei Radio Bremen, dem Weser-Kurier und der taz. Die Position des Flüchtlingsrates Bremen wurde bundesweit außerdem Mitte April in den ARD-Tagesthemen erwähnt, das ARD-Politikmagazin Monitor drehte ein Set in Bremen, u.a. mit einem Interview mit dem Flüchtlingsrat: <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/corona-fluechtlingsunterkunft-100.html>

Als Reaktion auf den starken Druck der Öffentlichkeit reduzierte die Sozialbehörde die Belegung in der Lindenstraße schrittweise – jedoch viel zu spät und viel zu schleppend. So waren bereits Ende April 2020 über 60% der Bewohner\*innen mit Covid19 infiziert.

Zu Beginn der zweiten Welle der Pandemie machte der Flüchtlingsrat öffentlich, dass die Verwaltung die zwischenzeitlich von der Landesregierung vorgegebene maximale Belegungszahl nicht eingehalten hatte und die Erstaufnahmestelle erneut überbelegt war. Weitere angekündigte Verbesserungen sind bis heute nicht umgesetzt worden.

Die Kampagne „Shut Down Lindenstraße!“ war dennoch erfolgreich: Sie hat in Bremen und darüber hinaus zur Thematisierung und Delegitimierung von Massenunterkünften beigetragen, sie hat die Diskriminierung in und durch die Lager sichtbar werden lassen. Vor allem aber hat die Kampagne die Stimmen der Bewohner\*innen mit ihren Positionen und Forderungen deutlich hörbar gemacht hat – und den Betroffenen zu der Erfahrung verholfen, dass der Kampf um Rechte empowernd ist.

Alle Medienberichte zum Thema siehe unter: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/pressespiegel-2/> → Shut Down Massenunterbringung!.

Alle Pressemitteilungen unter: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/cat/themen/shut-down-lindenstrasse/>

## ✓ Kampagne „Geburtsurkunden für alle!“

Die Bremer Standesämter verhindern in bestimmten Konstellationen flächendeckend die Geburtsbeurkundung der Kinder von Schwarzen Eltern und verweigern den Kindern sowie ihren Eltern damit den Zugang zu grundlegenden Rechten.

Die Mittel der Standesämter sind:

- die pauschale Anzweiflung der vorgelegten Dokumente der Eltern;
- die pauschale Anzweiflung der Identität der Eltern;
- die pauschale Unterstellung, die Mutter sei verheiratet und damit der beurkundete Vater nicht der tatsächliche Vater;
- die unaufhörliche Aufforderung der Vorlage weiterer, häufig nicht erforderlicher Dokumente, deren Echtheit dann ebenfalls angezweifelt wird;
- das pauschale Drängen in ein sog. Amtsüberprüfungsverfahren, für das die Betroffenen über 600 € vorab in bar zahlen sollen, das sich über Monate hinzieht, völlig intransparent und im Erleben der Betroffenen entwürdigend ist.

Die Auswirkungen sind:

- bis zu sechs Monate nach Geburt des Kindes kein Eintrag des Kindes in das Geburtsregister;
- kein Eintrag des beurkundeten Kindsvaters in das Geburtsregister (auch nicht nach sechs Monaten);
- keine Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit des Kindes;
- erschwerter/verweigerter Sozialleistungsbezug und Krankenversicherung des Kindes;
- keine Erteilung der Aufenthaltserlaubnisse an die Mütter Schwarzer Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit durch das Migrationsamt;
- Umverteilung von Müttern mit Kindern deutscher Staatsangehörigkeit.

Die Praxis der Bremer Standesämter ist diskriminierend und sie ist rassistisch, denn sie betrifft ausschließlich Schwarze Eltern und ihre Kinder. Das beschriebene Vorgehen ist willkürlich und richtet sich erkennbar von Anfang an gegen die vermeintlichen Kund\*innen, denen regelmäßig keine oder nur allgemein gehaltene und oft nicht nachvollziehbare Gründe für das Vorgehen genannt werden.

Im September 2020 haben die betroffenen Eltern zusammen mit der Geflüchteten-Selbstorganisation TWAB und dem Flüchtlingsrat vor dem Standesamt Bremen-Mitte gegen diese diskriminierende Praxis demonstriert. Im Oktober hat der Flüchtlingsrat zusammen mit betroffenen Müttern die Problematik gegenüber der Innenbehörde und der Fachaufsicht der Standesämter in einem Treffen im Innenressort nochmals inhaltlich dargelegt. Dabei hat der Flüchtlingsrat aufdecken können, dass die Innenbehörde allem Anschein nach regelhaft eine schwere Verletzung des Datenschutzes begeht und unverhältnismäßig handelt: Die Bremer Innenbehörde hat ein Verfahren „standardisiert“, im Zuge dessen die vollständige aufenthaltsrechtliche Akte der Kindesmutter, die beim Migrationsamts geführt wird, grundsätzlich dem Standesamt übermittelt wird, das lediglich für die Beurkundung des in Bremen geborenen Kindes zuständig ist.

Der Flüchtlingsrat hat darüber die Datenschutzbeauftragte des Landes Bremen informiert und um Überprüfung gebeten. Die Innenbehörde hat trotz mehrfacher Aufforderung bis heute keine Rechtsgrundlage für dieses pauschale Handeln vorgelegt – vermutlich, weil diese nicht existiert und hier ein rechtswidriges Handeln der Behörde vorliegt. Zu diesem Thema wird der Flüchtlingsrat daher auch in 2021 noch mit den betroffenen Frauen zusammenarbeiten und gegenüber den Behörden sowie öffentlichkeitswirksam intervenieren.

Alle Medienberichte zum Thema siehe unter: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/pressespiegel-2/> → Geburtsurkunden für alle!

## Pressearbeit

Der Bekanntheitsgrad und die öffentliche Wahrnehmung des Flüchtlingsrates haben sich 2020 insbesondere durch die o.g. Kampagnen sowie die Veröffentlichung von 16 Pressemitteilungen zu unterschiedlichen Themenkomplexen deutlich gesteigert. Die Positionen des Flüchtlingsrates wurden vielfältig in Medienveröffentlichungen rezipiert und aufgenommen.

In 2020 hat sich der Flüchtlingsrat zu folgenden Themen öffentlich wahrnehmbar geäußert und fachliche, rassismuskritische Positionen in den Diskurs eingebracht:

- zur gesundheitsgefährdenden und diskriminierenden Unterbringung in Massenunterkünften
- zur menschenrechtswidrigen Fesselung von Jugendlichen zum Zwecke ihrer Verschleppung in ein anderes Bundesland
- zur langlebigen Lüge vom „BAMF-Skandal“ und dessen Entlarvung als solche
- zu den unsäglichen, verfassungswidrigen Leistungskürzungen in § 3a AsylbLG
- zu den menschenrechtswidrigen Zimmerkontrollen von Geflüchteten, die behördlicherseits mit der Pandemie legitimiert werden
- zur diskriminierenden Praxis der Bremer Standesämter, Schwarzen Eltern die Geburtsbeurkundung ihrer Kinder massivst zu erschweren bzw. zu verweigern (standesamtliches „Racial Profiling“)

Siehe hierzu: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/pressespiegel-2/>

## Förderverein Flüchtlingsrat Bremen e.V.

Für den Förderverein Flüchtlingsrat Bremen e.V. haben wir mehrere neue, aktive (Förder-)Mitglieder gewinnen und damit auch die multiperspektivische Vielfalt im Verein ausbauen können. Im Februar 2020 wurde ein neuer Vorstand gewählt, der diese Diversität widerspiegelt.

Das Team von angestellten Mitarbeitenden im Flüchtlingsrat bestand in 2020 aus vier Personen: Zwei Mitarbeitende im Projekt STAY (in Teilzeit) sowie eine geringfügig Beschäftigte und eine Mitarbeitende in der Geschäftsstelle für koordinierende Aufgaben im Förderverein.

Die Website des Flüchtlingsrates wurde in 2020 komplett neu aufgebaut und inhaltlich umstrukturiert.

Intern organisiert sich der Flüchtlingsrat Bremen über die regelmäßigen Arbeitstreffen der diversen Organe des Fördervereins und des Austausch- und Vernetzungsplenums, an dem derzeit neben Aktivist\*innen vor allem Fachberater\*innen anderer Träger teilnehmen. Die Mehrheit der Beteiligten und Aktivist\*innen im Flüchtlingsrat ist ehrenamtlich tätig, aber eng an die Arbeit in der Geschäftsstelle angebunden.

Neben den regelmäßigen Teamsitzungen und der internen Projektkoordination war der Flüchtlingsrat in 2020 Teil verschiedener Aktionsbündnisse vor Ort.

## Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Flüchtlingsrat ist über seine Mitglieder, Mitarbeitenden und engagierte Aktivist\*innen mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen und rassismuskritischen Initiativen, Organisationen und Vereinen vernetzt, mit denen in 2020 fachlich-kollegialer Austausch stattfand – pandemiebedingt häufig im digitalen Format – bzw. telefonische Einzelfallberatung bei sich überschneidenden inhaltlichen Anliegen.

In 2020 hat der Flüchtlingsrat außerdem eine Vielzahl gemeinsamer politischer Interventionen wie Demonstrationen oder Kundgebungen zu migrationspolitischen und rassismuskritischen Themen (mit-)organisiert und dort Redebeiträge gehalten, so z.B. auf der u.a. von der Seebrücke organisierten Demonstration nach dem Brand im Lager Moria/Lesbos zur sofortigen Aufnahme von Geflüchteten (09/2020) sowie auf der Kundgebung des Bündnisses gegen Rechtspopulismus und Rassismus „Gegen die Verharmlosung der Pandemie - Weiter gegen Rechts und für Gesundheitsschutz für alle!“ (12/2020).

Wo es sinnvoll erschien, wurden auch parteipolitische Akteur\*innen direkt angesprochen und fachliche Stellungnahmen und Positionen vorgebracht.

Als Flüchtlingsrat sind wir Teil von zentralen Betroffenen-Bündnissen in Bremen, wie von „Together We Are Bremen“ (TWAB), einer Geflüchteten-Selbstorganisation, die sich Anfang 2018 zur Durchsetzung ihrer Rechte zusammengefunden hat und seitdem kontinuierlich gemeinsame Aktionen durchführt sowie eine solidarische Unterstützungsstruktur für Betroffene in Bremen aufgebaut hat. <https://togetherwearebremen.org/>

Seit Mitte des Jahres ist der Flüchtlingsrat zudem im Bündnis „Justice for Mohamed!“ aktiv, das sich anlässlich der polizeilichen Tötung eines psychisch kranken Bremers marrokanischer Staatsangehörigkeit zusammenfand und seither um Aufklärung der Tötung von Mohamed Idrissi kämpft. <https://justiceformohamed.org/>

Es besteht darüber hinaus eine Zusammenarbeit mit folgenden Akteur\*innen:

- Bremen Solidarity Center (BreSoC) | <https://bresoc.org/>
- Verein für Rechtshilfe im Justizvollzug des Landes Bremen e.V.
- Medinetz Bremen und Flüchtlingsinitiative e.V. | <http://www.fluechtlingsinitiative-bremen.de/?q=medinetz>
- Fluchtraum e.V. | <https://www.fluchtraum-bremen.de/>
- solidarisches Begleitungsprojekt ACOMPANIA | <http://acompania-bremen.blogspot.de/>
- soliport – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt | <https://soliport.de/>
- ADA – Antidiskriminierung in der Arbeitswelt | <https://www.ada-bremen.de/>
- Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt | <https://kopbremen.noblogs.org/>
- Zuflucht e.V. | <https://www.zuflucht-bremen.de/>
- Verschiedene Träger der Sozialen Arbeit in den Bereichen Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
- Asylberatungsstellen in Bremen

## **Beratungsprojekt STAY**

Das Beratungsprojekt „STAY“ für besonders schutzbedürftige Geflüchtete wurde zum 31.01.2021 erfolgreich abgeschlossen. In den zurückliegenden drei Jahren wurden über 800 Menschen beraten und über 2.500 Beratungsgespräche durchgeführt. Durch die große Bekanntheit in den unterschiedlichen Communities, konnte der Flüchtlingsrat mit dem Projekt „STAY“ dem anhaltenden Beratungsbedarf und Unterstützungsanfragen von Interessierten und Multiplikator\*innen gerecht werden.

Trotz eingeschränktem Beratungsangebot in der ersten Pandemie-Welle im März/April 2020 und trotz fortlaufender Kontakt- und anderer Beschränkungen war das Beratungsangebot durchgehend stark angefragt.

Es gab zusätzlich Kontakte zu einer Vielzahl an Multiplikator\*innen im migrationspolitischen Feld sowie zu zivilgesellschaftlichen Unterstützer\*innen und fachverwandten Organisationen. Diese wurden über die auch in 2020 im Projekt auftauchenden Themen informiert und ggf. weitergebildet, wie z.B. „Unzulässigkeit von Leistungskürzungen gemäß § 3a AsylbLG unter Pandemie-Bedingungen“, "Erhöhte Covid19-Infektionsgefahr durch Massenunterbringung", „Härtefallanliegen in Bremen“, "Dublin-Rückführungen/Kirchenasyl", "Verweigerte Ausstellung von Geburtsbeurkundungen", "Sog. Rechtsmissbräuchliche Vaterschaftsanerkennung nach § 1597a BGB/§ 85a AufenthG".

Erfreulicherweise wird das Beratungsangebot für besonders schutzbedürftige Geflüchtete – in leicht veränderter Form – im Rahmen des Projektes „STAY – Schutzbedarfe (weiter) berücksichtigen!“ in 2021 fortgeführt werden können.

## **Probleme und Herausforderungen**

Die Corona-Pandemie hat in 2020 den Beratungsalltag im Projekt STAY sowie in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates deutlich geprägt und dies auf mehreren Ebenen.

Zunächst wurden während der ersten Pandemie-Welle ab Mitte März bis Anfang Mai keine persönlichen Beratungsgespräche mehr durchgeführt. Ohne persönlichen, direkten Kontakt war es jedoch deutlich schwieriger, den inhaltlichen Anforderungen innerhalb der Beratungskonstellationen nachzukommen. Briefe und Anträge konnten nicht mehr gemeinsam vor Ort verfasst und gefaxt werden, Unterlagen nicht direkt eingesehen und bewertet, Lösungsoptionen nicht direkt diskutiert werden.

Die Beratungssituation verschlechterte sich im April/Mai 2020 zusätzlich: Ein beträchtlicher Teil der Zielgruppe wurde durch die gesundheitsgefährdende Unterbringung in Massenlagern einer erhöhten Infektionsgefahr ausgesetzt. Die Infektionszahlen in den Erstaufnahmeeinrichtungen explodierten. Viele Betroffene waren zudem intransparenten, willkürlichen Quarantänepraktiken unterworfen, hingen in Quarantänedauerschleifen fest und waren so zusätzlich isoliert und abgeschnitten.

Die staatliche Diskriminierung der Menschen in den Lagern hat außerdem zu einer weiteren Stigmatisierung und Isolierung von Schutzsuchenden beigetragen. Die Konsequenzen müssen wie immer die Betroffenen selbst tragen.

Das Projekt ist diesen erschwerten Bedingungen mit der Umverlagerung der Kommunikation und dem Ausbau des digitalen und fernmündlichen Kontakts begegnet. Die telefonische Erreichbarkeit wurde erweitert, es fand zunehmend Beratung per Mail sowie über Whatsapp und Signal statt.

Insgesamt hat die nun seit einem knappen Jahr anhaltende Pandemie jedoch die Situation für besonders schutzbedürftige Geflüchtete - wie für andere Marginalisierte auch - nachhaltig verschlechtert und ihre Gefährdungslage erhöht. In dem zurückliegenden Corona-Jahr 2020 hat die Diskriminierung von Schutzsuchenden insgesamt zugenommen. So war der Zugang zu Behörden über Monate oft komplett unterbunden und/oder ist bis heute massiv erschwert, behördliche Erreichbarkeit, insbesondere von Bundesbehörden, ist nochmals erheblich erschwert worden. Die Kommunikation mit Bremer Behörden per Mail oder Brief ist ebenfalls nur eingeschränkt und zeitverzögert möglich. Für nicht-alphabetisierte Menschen ist der Behördenkontakt in vielen Fällen unmöglich geworden.

## **Gremienarbeit**

Der Flüchtlingsrat Bremen ist Mitglied in folgenden Gremien:

- Bremer Härtefallkommission, seit Mitte 2019 als Vorsitz der HFK
- Bremer Rat für Integration
- Landesnetzwerk für Migration
- Begleitausschuss des ESF geförderten Arbeitsmarktprojekt „Bremer und Bremerhavener Integrationsnetz (BIN)“
- Begleitausschuss der „Partnerschaft für Demokratie“ Bremen
- „Ständiger Gast“ in der Sozialdeputation des Landes Bremen (mit Rede- und Fragerecht)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl
- Bundesweites Vernetzungstreffen der Landesflüchtlingsräte